Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 70 — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 22. März 1928

Die Schraube ohne Ende.

Wir sind ja jetzt mitten drin in den Kämpfen um die Lohnerhöhung und vorläufig ist ein Ende der Massenkündigung von Tarifverträgen noch gar nicht abzusehen. Man hat sich bisher im allgemeinen leidlich geeinigt; und das ist überaus erfreulich. Der bayerische Sozialminister Oswald hat nun gerade in den letzten Tagen eine entsprechende Mahnung zu einer solchen friedlichen Einigung veröffentlicht, aber auch gleichzeitig darauf hingewiesen, welche Gefahren in einer Überspannung der Lohnforderungen liegen. Das Wort von der „Schraube ohne Ende" ist ja hierfür schon oft genug gebraucht worden, ist fast abgebraucht, verliert aber dadurch keineswegs an Berechtigung. Der einstige Schöpfer der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lassalle, gebrauchte für die in jenem Wort liegende wirtschaftliche Selbstverständlichkeit den Ausdruck vom „ehernen Lohngesetz". Wenn ein Teil der Arbeiterschaft Lohnerhöhungen herbeiführt, so tritt sie keineswegs in den tatsächlichen Vollgenuß des erzielten Mehrlohnes, sondern die Preise steigen, aber nicht bloß in jenem Industriezweig, der die Lohnerhöhung tragen muß, sondern auch das allgemeine Preisniveau wird dadurch in die Höhe gedrückt; das führt wieder zu Lohnforderungen auch auf diesen anderen Gebieten der Wirtschaft und so treiben sich Lohn und Preis wechselseitig in die Höhe.

Diese Anschauung ist aber nicht unbedingt richtig, nämlich dann nicht, wenn der Unternehmergewinn einen Prellbock zwischen Lohn- und Preisgestaltung darzustellen vermag. Eine kleine wirtschaftliche Überlegung: der Endpreis eines Erzeugnisses setzt sich zusammen aus dem Rohstoffpreis, den Kosten der Verarbeitung, dem Lohnfaktor, den auf die Erzeugung gelegten öffentlichen und sonstigen Lasten und schließlich dem Unternehmergewinn. Nun ist die deutsche Wirtschaft leider in der schlimmen Lage, als rohstoffarmes Land angewiesen zu sein auf die Preise, die ihr die ausländischen Rohstofflieferanten diktieren, so daß hier kaum etwas zu ändern ist. Ebensowenig lassen sich von der Wirtschaft aus die öffentlichen Lasten vermindern, so daß als bewegliche Faktoren nur die eigentlichen Verarbeitungskosten, die Lohnhöhe und der Unternehmergewinn verbleiben. Niemand wird bestreiten können, daß die deutsche Wirtschaft vor allem in ihren wichtigsten Zweigen aufs schärfste und mit Erfolg bemüht war, durch Rationalisierung ihrer Betriebe die Verarbeitungskosten möglichst herunterzudrücken, so daß weitere Einschränkungen kaum noch möglich zu sein scheinen. Bleibt also nur noch die Auseinandersetzung zwischen Lohnhöhe und sogenanntem Unternehmergewinn, den man auch als Kapitalrente bezeichnen kann. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlangt nun das Kapital eine angemessene Verzinsung, sonst wandert es ab. Diese angemessene Verzinsung ist ja auch die Grundlage zu einer wirklichen und vor allem in Deutschland unbedingt notwendigen Kapitalneubildung. Und das alles ist abhängig von den Strömungen im Weltkapital, also in der Hauptsache unabhängig von deutschen Wünschen, weil wir in diesem Strom mitschwimmen oder untergehen müssen. So bleibt für die Lohnhöhe nur eine geringe Ausdehnungsmöglichkeit, wenn nicht — was leider ja nur allzusehr der Fall ist — die Preise der deutschen Erzeugnisse über die des Auslandes hinausgetrieben werden sollen. Das geschieht aber, wenn mit Gewalt eine angemessene Lohnerhöhung erzwungen wird. Die unerhörte Passivität unserer Handelsbilanz ist ein sprechender Beweis dafür. Wir sind zu teuer geworden für den Weltabsatz; das macht sich übrigens auch im Inland durch eine zwar allmähliche, aber doch fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten bemerkbar.

Die Kaufkraft des errungenen Mehrlohnes verwirklicht sich also keineswegs in ihrem gesamten Ausmaß: wir wissen aus Erfahrung, wie Preiserhöhungen fast automatisch auf Lohnerhöhungen antworten. Das ist die „Schraube ohne Ende", von der der bayerische Sozialminister spricht und vor der er warnt. Ein klassisches Beispiel für die Richtigkeit dieses Ausdrucks war nicht zuletzt die Vorgeschichte und der Ursprung des englischen Bergarbeiterstreiks, der ja zu einer schweren Niederlage der Arbeitnehmerseite geführt hat; trotzdem ist dort aber ein wirtschaftlicher Ausgleich immer noch nicht herbeigeführt worden und die Wunden, die er beiden Seiten schlug, bluten noch immer sehr stark.

Im wirtschaftlichen Geschehen, namentlich dann, wenn, wie in der Gegenwart, alles zu einer großen Weltwirtschaft aufs engste verknüpft ist, walten eben eherne Gesetze, gegen die anzurennen völlig vergeblich ist und wo nur gilt, was wirtschaftlich, also auch lohnpolitisch möglich, aber längst nicht alles, was wünschenswert ist.

Agrarnotprogramm im Ausschuß bewilligt

Die Richtlinien.

Die für die Landwirtschaftshilfe bestimmten Teile des Notprogramms wurden im Haushaltsausschuß des Reichstages angenommen. Die Verteilung der ausgeworfenen Mittel soll auf Grund von Richtlinien erfolgen, die mit Zustimmung des Reichsrats und eines 28gliedrigen Ausschusses des Reichstages festgelegt werden sollen.

Bewilligt wurden: 500 000 Mark zur Verbilligung des Zinsfußes für Darlehen für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen. Acht Millionen zur Organisierung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch. Die Mittel sollen ebenfalls zur Organisation und Förderung des direkten Absatzes zwischen Verbraucher- und Erzeugergenossenschaften zur Verfügung stehen. Dreißig Millionen als einmaliger Beitrag zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft. Eine Million zur Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes.

Ferner wurde die folgende Entschließung angenommen: „Die Reichsregierung zu ersuchen, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Pfändungen und Zwangsvollstreckungen bei mit Roggenhypotheken belasteten bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieben aufzuhalten und die Vermittlungsstellen anzuweisen, sofort die notwendigen Mittel aus dem der Reichsregierung für Verfügung gestellten Fonds zwecks Umschuldung der hochbelasteten bäuerlichen Betriebe aufzufordern."

Einsturzkatastrophe einer Förderbrücke

Schweres Unglück bei der Bubiag.

Elf Tote und sieben Verletzte.

Infolge des heftigen Sturmes stürzte die bei der Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. (Mückenberg) im Bau befindliche Abraumförderbrücke zusammen. Elf Bergleute sind dabei umgekommen, weitere sieben wurden verletzt.

Der Sturm hat zunächst das Montagegerüst umgeworfen, wodurch die Eisenkonstruktion mitgerissen wurde. Als die Schwankungen des Gerüstes im Sturm immer stärker wurden, gab der Richtmeister an die Montagearbeiter Anweisung, es zu verlassen. Noch in der Ausführung dieser Anordnung wurden die Leute von dem Einsturz überrascht.

Die Bergungsarbeiten waren bei dem außerordentlich sandigen Gelände infolge des heftigen Sturmes sehr erschwert. Von allen Seiten eilten sofort Grubenarbeiter hinzu, die die Verunglückten aus ihrer gefahrvollen Lage befreien wollten. Die Feuerwehren der umliegenden Ortschaften, darunter Liebenwerda und Lauchhammer, beteiligten sich an dem Rettungswerk.

Der Bau der Förderbrücke.

Auf der Grube Bubiag bei Mückenberg im Kreise Liebenwerda wird im Tagebau Braunkohle gewonnen. Seit mehreren Wochen wird dort durch die Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G., Lauchhammerwerk, eine große Förderbrücke gebaut. Die Brücke sollte zur Kohlenförderung beim Tagebau dienen und war ungefähr

50 Meter hoch und mehrere 100 Meter lang.

Das gewaltige Bauwerk war freistehend konstruiert.

Die Brücke war bereits so weit fertiggestellt, daß die Montagearbeiten unmittelbar vor ihrem Abschluß standen. Das große Eisengerüst war fahrbar auf einer Schienenbahn aufgebaut. Tausende von Zentnern Eisen waren nötig, um den Bau fertigstellen zu können. Etwa fünfzig Arbeiter waren damit beschäftigt, die letzten Arbeiten an dieser Förderbrücke vorzunehmen, als die Katastrophe eintrat. Die Opfer stammen sämtlich aus dem Mückenberger Ländchen.

Eine Erklärung der Direktion.

Die Direktion der Bubiag in Lauchhammer gibt über Hergang und Ursache des Unglücksfalles auf der Grube Friedländer folgende Darstellung: Der außerordentlich heftige Sturm hat das hölzerne Montagegerüst der in Bau befindlichen Abraumbrücke in der Grube Friedländer der Bubiag eingestürzt, wodurch der geringe Teil der bereits aufgelegten Eisenkonstruktion zusammenbrach. Die Gewalt des Sturmes hat das Unglück trotz aller Vorsichtsmaßregeln herbeigeführt. Das Montagegerüst ist neu verseilt worden, so daß

nach menschlicher Voraussicht nichts passieren

konnte. Auf Weisung des Richtmeisters waren alle 24 bei der Montage beschäftigten Leute im Begriff, den Bau zu verlassen.

Die Gefrierfleischvorlage vom Reichstag angenommen.

Berlin, 21. März. Im Reichstag wurde heute die Gefrierfleischvorlage in zweiter und dritter Lesung in der Ausschußfassung angenommen.

Großfeuer im Kabelwerk der A.E.G. in Oberschöneweide.

Berlin, 21. März. Großfeuer kam am Mittwoch abend in der 10. Stunde aus noch unaufgeklärter Ursache im Kabelwerk der A. E. G. in Oberschöneweide zum Ausbruch. Das Feuer verursachte enormen Schaden. Auf mehrmaligen Alarm rückte die Berliner Feuerwehr mit sechs Zügen und dem Feuerlöschboot zur Brandstelle aus. Es wurde mit ungefähr 10 Schlauchleitungen stärksten Kalibers angegriffen. Der Brandherd liegt in der Tischlerei. Das Feuer hat ein angrenzendes Oellager in Mitleidenschaft gezogen. Insgesamt ist ein Gebiet von 3000 Quadratmetern vom Feuer angegriffen.

13 Skifahrer unter einer Lawine begraben.

Salzburg, 21. März. Eine Gesellschaft von 17 Wiener Skifahrern wurde auf dem Sonnblick bei einem alten verfallenen Bergwerksstollen in 2500 Meter von einer Lawine überrascht, die die Gruppe ins Tal mitriß. Vier Teilnehmer der Gesellschaft konnten sich retten und gelangten völlig erschöpft und nicht vernehmungsfähig bei dem Naturfreundehaus in Kolm-Saigurn an. Die anderen 13 Personen sind verschüttet. Es dürfte keine Möglichkeit mehr bestehen, sie zu retten. Eine Gendarmeriekolonne ist nach dem Sonnblick beordert worden, um die Verunglückten auszugraben. Im ganzen Sonnblick-Gebiet herrschte seit heute vormittag ein orkanartiger Föhnsturm, der die Rettungsarbeiten aussichtslos erscheinen läßt.

Rußlands Genfer Vorschläge undurchführbar.

Die Kritik der Mächte.

Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz beschäftigte sich in ausführlicher Weise mit den russischen Abrüstungsvorschlägen. Zunächst nahmen de Marinis für Italien und Clauzel für Frankreich zu dem sowjetrussischen Entwurf in höflicher, aber ablehnender Weise Stellung. Dann sprach in längerer Rede

Lord Cushendun für England.

Er beleuchtete die grundsätzliche Frage der Stellungnahme Sowjetrußlands zum Völkerbund und übte an zahlreichen Artikeln des russischen Abrüstungsentwurfs strenge Kritik. Lord Cushendun wies darauf hin, daß eine Annahme des russischen Entwurfs nicht nur die Abänderung und Anpassung der nationalen Gesetzgebung an die Abrüstungskonvention innerhalb eines Jahres, sondern auch die Abänderung des Völkerbundspaktes selbst notwendig machen würde. Es gebe zwei Friedensarten, wie es zwei Kriegsarten gebe, den internationalen Krieg und den Bürgerkrieg. Sei Sowjetrußland bereit, auch den Bürgerkrieg abzuschaffen? Eine weitere Frage sei es, ob die sowjetrussische Regierung zur Änderung ihrer bisherigen Politik des bewaffneten Aufstandes in fremden Ländern bereit sei und damit auf jede Einmischung in nationale Angelegenheiten verzichten wolle. Einige der russischen Vorschläge über die Flottenabrüstung könnten, wenn sie mit den nötigen Abänderungen versehen würden, wertvolle Anregungen darstellen.

Lord Cushendun war der Ansicht, daß es auf der gegenwärtigen Tagung nicht möglich wäre, bereits eine endgültige Stellungnahme zu den sowjetrussischen Vorschlägen herbeizuführen. Wenn die sowjetrussischen Vorschläge durchgeführt werden könnten, so würde dadurch zweifellos eine glücklichere Epoche in der Geschichte beginnen. Zweifellos sei der Fortschritt in der Abrüstungsarbeit des Völkerbundes langsam, aber es seien doch schon große Fortschritte festzustellen. Im Augenblick müsse man die Inangriffnahme der russischen Pläne als eine Unmöglichkeit bezeichnen. Wenn von russischer Seite auf ein gewissenhaftes Urteil Wert gelegt werde, so sei auch die notwendige Zeit zur Stellungnahme erforderlich, und dafür seien sechs Monate nicht zuviel.

Einige andere Redner, so die Vertreter Japans und Kanadas, äußerten sich ähnlich. In der Mittwochsitzung gaben die Delegierten der Vereinigten Staaten, Polens und Schwedens Erklärungen ab, in denen sie nachdrücklich die sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge als völlig ungeeignet und unter den gegenwärtigen Umständen und Bedingungen undurchführbar ablehnten. Den gleichen Standpunkt hatte vorher auch der holländische Delegierte eingenommen.

Ebenso bezeichnete die Vertretung der Vereinigten Staaten es als unnötig und unmöglich, in ein eingehendes Studium des russischen Vorschlags einzutreten.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Stresemann über den Donezkonflikt.

Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die augenblickliche Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Der Minister ging dabei auch auf die Verhaftung der Deutschen im Donezgebiet ein. Die Haltung der Reichsregierung wurde von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gebilligt. In Moskau hat der deutsche Gesandte Graf Brockdorff-Rantzau erneut bei dem Volkskommissar Tschitscherin vorgesprochen und erneut die deutsche Auffassung betont. In der Unterredung wurde festgestellt, daß der verhaftete

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF